

A portrait of Steffi Lemke, the German Minister of the Environment, Climate Change and Nuclear Safety. She has shoulder-length, wavy, light brown hair and is wearing a dark blue collared shirt. The background is a dark, neutral color.

Natur- und Umweltschutz sollen sich lohnen

Mit der neuen Bundesregierung liegt die Umweltpolitik fest in grüner Hand. Was haben die Landwirtinnen und Landwirte also in den nächsten Jahren zu erwarten? Welchen Stellenwert haben Freiwilligkeit und Kooperationen? Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat zentrale Ziele ihres Ressorts für die dbk erläutert.

Frau Bundesministerin, was verbindet Sie persönlich mit der Landwirtschaft – außer Ihr Ministeramt?

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: Die Verbindungen sind stark in meiner Biografie vorhanden. Ich habe Zootechnerin gelernt, war also Melkerin, und studierte spä-

ter Agrarwissenschaften. Meine erste Zeit als Abgeordnete war ich lange im Agrarausschuss des Deutschen Bundestages. Klar ist, die Liebe zu Pflanzen und der Natur zieht sich wie ein grüner Faden durch mein Leben. Ich halte mich einfach gerne in der Natur auf. Die hohe Bedeutung von Natur- und Umweltschutz und Landwirtschaft auch in meinem politischen Leben liegt deshalb auf der Hand. Das Verständnis ganzer Ökosysteme und ihrer Zusammenhänge, das sehe ich heute auch bei vielen Landwirt*innen und schätze es sehr.

Wie sieht Ihre Strategie aus, um Landwirtschaft und Umweltschutz wieder näher zusammenzubringen – unterstützen Sie dabei die Ziele der Zukunftskommission Landwirtschaft?

Steffi Lemke ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.

Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler

Lemke: Durch Landwirtschaft sind Kulturlandschaften entstanden, die Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen bieten. Landwirtschaft und eine gesunde Umwelt sind zwei Seiten einer Medaille. Denn nur ein intaktes Klima und intakte Ökosysteme sichern mittelfristig auch die landwirtschaftliche Produktion. Viel zu lang gab es ein Gegeneinander beider Seiten. Die Folge ist ein Reformstau, den ich auflösen möchte: Dafür hat auch die Zukunftskommission Landwirtschaft wichtige Impulse geliefert.

Der Koalitionsvertrag sieht die Stärkung der Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz vor. Wie werden Sie das umsetzen?

Lemke: Kooperation ist gerade im Naturschutz sehr wichtig: Denken Sie an die vielfältigen freiwilligen Angebote der Agrarumweltförderung. Wir wollen aber auch stärker das „Niederländische Modell“ in Deutschland umsetzen, dazu ist mein Kollege Cem Özdemir schon aktiv. Denn mir ist auch bewusst, dass der, der mehr Kooperation fordert, auch bereit sein muss, die nötigen Instrumente dafür zur Verfügung zu stellen, z. B. für die neuen Öko-Regelungen oder die Umschichtung in die 2. Säule. Und schließlich hat uns die Klage wegen zu hoher Nitratwerte schmerzvoll vor Augen geführt, dass rechtlich verbindliche Umweltziele nicht allein durch Förderangebote erreichbar sind.

Der Ukrainekrieg hat die Effizienz der Landnutzung in ein neues Licht gerückt. Wie werden Sie die Ernährungssicherung und pauschale Reduktionsziele im Pflanzenschutz sowie Extensivierungsstrategien miteinander in Einklang bringen?

Lemke: Wir müssen mehrere Krisen gleichzeitig bekämpfen und dürfen Energieversorgung und Ernährungssicherheit nicht gegen Klima- und Biodiversitätskrise ausspielen. Effizienter werden bedeutet konkret: nicht wie bisher rund 150 Kilogramm Lebensmittel pro Kopf und Jahr wegwerfen und nicht weiter auf 50 Prozent unserer Ackerflächen Tierfutter anbauen. Dazu gehört auch, nicht weiter Getreide und Ölsaaten in den Tank zu stecken, sondern direkt zur Ernährung zu nutzen. Mein Haus wird sich sehr eng mit den Kolleg*innen im Landwirtschaftsministerium beraten, welche Schritte nun notwendig sind, um hier die verfügbaren Flächen zielgerichteter zu nutzen.

Zum natürlichen Klimaschutz gehören auch die Moore. Wie werden Sie bei der Wiedervernässung das Prinzip der Freiwilligkeit umsetzen und den Betrieben wirtschaftliche Perspektiven sichern?

Lemke: Mit natürlichem Klimaschutz gehen wir gleichzeitig gegen die Klima- und die Artenkrise vor. Diejenigen, die Moorböden bewirtschaften, brauchen eine klare Perspektive für die Zukunft. Wir können die notwendigen Veränderungen nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort bewältigen. Ich setze auf nachhaltige Bewirtschaftung wiedervernässter Moorböden, dort könnten zum Beispiel auch Photovoltaik-Anlagen besonders gefördert werden. Wir greifen auch bereits bestehende Ansätze auf – vom Rohrkolbenanbau bis zur Beweidung mit Wasserbüffeln. Zudem werde ich neue nachhaltige und möglichst regionale Wertschöpfungsketten fördern, um land- und forstwirtschaftliche Betriebe zu unterstützen und die erforderlichen strukturellen Veränderungen in den Moorregionen einzuleiten und zu begleiten.

Zum Wolf: Der Koalitionsvertrag hat den Einstieg in ein Bestandsmanagement festgeschrieben. Was können die Weidetierhalter hier erwarten und welche Rolle werden hier das schwedische oder das französische Modell spielen?

Lemke: Grundsätzlich gilt: Beim Wolf handelt es sich um eine nach europäischem und nationalem Naturschutzrecht streng geschützte Art. Mit den geltenden gesetzlichen Regelungen stellen wir bereits heute sicher, dass Wölfe, die wiederholt geschützte Nutztiere reißen, im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung getötet werden können. Eine feste „Obergrenze“ vor dem Hintergrund des strengen Schutzstatus des Wolfes und des Gefährdungstatus der hiesigen Population ist EU-rechtlich nicht möglich. Unser Ziel ist ein rechtssicherer Umgang mit dem Wolf, indem wir die Vorgaben der EU-Kommission berücksichtigen.

Welchen Beitrag kann die Umweltpolitik zur Stabilität einer Landwirtschaft leisten, die auch wirtschaftliche Perspektiven braucht und in offenen Märkten arbeiten muss?

Lemke: Für Landwirt*innen muss es sich künftig lohnen, natur- und umweltfreundlich zu wirtschaften: Die Förderung von biologischer Vielfalt oder anderen Gemeinwohlleistungen muss sich genauso lohnen wie die von Marktprodukten. Natur-, Umwelt- und Klimaschutz müssen gezielt gefördert werden. Dazu müssen wir aussteigen aus dem System der pauschalen Flächenprämie. Dafür ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der wichtigste Hebel, hier bringen wir uns aktiv in die Diskussion ein, um die GAP wirklich zukunftsfähig und Umweltleistungen einkommenswirksam zu machen. Das ist auch eine der Forderungen sowohl der Zukunftskommission Landwirtschaft als auch des Koalitionsvertrags.

Interview: Dr. Anni Neu